

## Die Lage in Oesterreich.

Deutschösterreich und die Lösung der südslawischen Frage.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 27. März.

Schon auf einer am 10. Februar 1918 in Klagenfurt abgehaltenen Tagung erklärten sich die Deutschen Volksräte für Kärnten, Krain und das Küstenland einstimmig für eine Festlegung der deutschösterreichischen Politik in der Richtung, daß mittels des Subdualismus zu Ungarn durch die Vereinigung von Kroatien, Slavonien, Bosnien und der Herzegowina und Dalmatien im Einvernehmen mit Ungarn und Kroatien ein Großkroatien geschaffen werde, unter der Voraussetzung, daß hierbei die Verkehrs- und wirtschaftspolitischen Interessen gewahrt werden. Damals wurde der Deutsche Klub in Wien ersucht, eine Beratung zu veranstalten, in der das Einvernehmen über diese Frage zwischen den Deutschen Volksräten Österreichs und den Parlamentariern hergestellt werden sollte. Diese Beratung fand am Sonntag, den 24. d. M., in Wien im Saale des Kaufmännischen Vereins statt und nahm den ganzen Tag in Anspruch. Vertreten waren die Deutschen Volksräte von Böhmen, Niederösterreich, Untersteiermark, Kärnten, Krain und dem Küstenlande. Der Beratung wohnten die Abgeordneten Marxhl und Neunteufel bei. Den eingehenden Bericht über die südslawische Frage erstattete der Vorsitzende des Deutschen Volksrates für Krain, Landtagsabgeordneter Dr. Ferdinand Eger (Laibach), der mit großer Entschiedenheit für die Lösung der südslawischen Frage im Einvernehmen mit Ungarn-Kroatien eintrat. Im gleichen Sinne sprach Dr. Otto Ambrositsch, Vorsitzender des Deutschen Volksrates für Untersteiermark, der, über die Kreiseinteilung und über die nationale Autonomie berichtend, beide als für die Deutschen Steiermarks schädlich ablehnte. Dr. Ambrositsch nahm mit besonderem Nachdruck gegen die vom Abgeordneten Dr. v. Lodgman vertretenen nationalautonomistischen Gedanken Stellung, ebenso Dr. Riehl, einer der Führer der Deutschen Arbeiterpartei. Das Ergebnis der Beratung war die einstimmige Annahme der folgenden Entschliebung:

„Die am 24. März 1918 zu gemeinsamer Beratung mit dem Deutschen Klub versammelten Deutschen Volksräte von Böhmen, Niederösterreich, Untersteiermark, Kärnten, Krain und dem Küstenlande stellen fest, daß die zum Schutze des Deutschtums in den einzelnen Kronländern erhobenen Forderungen nur verwirklicht werden können, wenn die Gesamtheit des deutschen Volkes in Oesterreich einen bestimmenden Einfluß auf die innere Politik des Staates erhält; kein Teil wird sich daher mit einer schablonenmäßigen Neuregelung einverstanden erklären, die unter dem Vorgeben der Notwendigkeit gleichartiger Regelung für alle Kronländer — die schon an der sehr verschiedenen Größe der Kronländer ein Hindernis findet — einen Teil des österreichischen Deutschtums schädigen und wichtige Vorposten preisgeben würde.

Dies gilt vor allem von der Sicherung des Weges zur Adria, die auch ein hervorragendes staatliches Interesse darstellt; nicht nur die Schaffung eines Südslawenstaates, wie ihn die südslawische Deklaration vom 30. Mai 1917 fordert, sondern auch die Schaffung einer nationalen Autonomie für die südlichen Kronländer, wie sie von der Regierung geplant wird, wäre vom deutschen wie vom staatlichen österreichischen Standpunkte unerträglich, weil sie nur eine Stufe auf dem Wege zu dem selbständigen Südslawenstaate bilden würde. Da eine gedeihliche Lösung der sogenannten südslawischen Frage nur im Zusammenwirken der beiden Staaten der Monarchie erfolgen kann, so werden die führenden Politiker aufgefordert, sich mit den maßgebenden Kreisen Ungarns und Kroatiens über die damit zusammenhängenden territorialen staatsrechtlichen Angelegenheiten ins Einvernehmen zu setzen.“

## Ein Wechsel in der tschechischen Politik?

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Prag, 27. März.

Die tschechischen Blätter beschäftigen sich eingehend mit der Ernennung des Führers der tschechischen katholischen Partei in Mähren Dr. Gruban, der es für angezeigt hielt, daß nach dem Verlauf der Winterferien des Parlaments und nach dem Frieden im Osten erwogen werde, ob sich die Situation nicht derart geändert habe, daß von der passiven Politik Abstand genommen werde und auf die Verwirklichung der politischen Ziele der tschechischen Politik durch aktive Teilnahme an der Föderation der Monarchie hingearbeitet werde, durch die die ganze Nation nicht verlieren könnte, als höchstens vielleicht die problematischen Spannungen Europas.

## Ein Guldigungstelegramm der treuen Tschechen.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Brünn, 27. März.

Die Jahresversammlung des katholischen Vereins der tschechischen Landwirte sandte an den König folgendes Guldigungstelegramm:

Unser tschechisches Volk, das in den schwierigsten Zeiten der Dynastie und dem Reiche Treue bewahrt und in den härtesten Kämpfen sein Blut vergossen hat, ersehnt seine Selbständigkeit im Rahmen der habsburgischen Monarchie und wünscht sehr lieblich Ew. Majestät als seinen mit der heiligen Wenzelskrone geschmückten König begrüßen zu können.

## Tschechische Parteistreitigkeiten.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Prag, 27. März.

Unter dem Voritze Dr. Kramars fanden in den letzten Tagen Beratungen der neugegründeten tschechischen staatsrechtlich-demokratischen Partei statt, die sich hauptsächlich um das Verhältnis der Partei zu der neuen tschechischen sozialistischen Partei drehten. Unter Führung der Abgeordneten Dr. Fiedler, Mastalka, Tobolka und anderer hat sich eine Opposition gegen die neue tschechische staatsrechtlich-demokratische Partei erhoben und die Einwendungen der genannten Parlamentarier wurden einer eingehenden Kritik unterzogen.